

**Wir kämpfen an deiner
Seite: gegen illegale und
überhöhte Mieten**



Als Linke sind wir nicht nur im Bundestag aktiv, sondern stehen Mieterinnen und Mietern ganz praktisch zur Seite: **Mit unserer Mietwucher.App kannst du leicht überprüfen, ob die Höhe deiner Miete zulässig ist.** Stellt sich heraus, dass sie überhöht oder sogar illegal ist, kannst du den Verstoß per Mausklick an dein zuständiges Wohnungsamt senden. Einfach und kostenlos.

**Bezahlbares Wohnen ist machbar –
gemeinsam mit uns!**

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de

Die Linke

Im Bundestag

Die Linke

Im Bundestag

**Für ein
bezahlbares
und sicheres
Zuhause**

43% mehr Miete

Zwischen 2016 und 2025 sind die Mieten in den 14 größten deutschen Städten um 43 Prozent gestiegen.

30% vom Einkommen

Ein Drittel aller Miethaushalte muss mehr als 30 Prozent des Netto-Einkommens für die Wohnkosten ausgeben.

Die Mieten explodieren – Wohnen wird unbezahlbar

Vermieter nutzen die Wohnraumknappheit aus und erhöhen permanent die Mieten. Immer mehr Menschen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für den Wohnraum bezahlen. Oft ist das nicht mal rechtens: Überhöhte und illegale Mieten sind weit verbreitet, doch sie werden nicht verfolgt und bestraft. Ein Schutz vor Eigenbedarfskündigungen oder vor der

Abzocke bei den Nebenkosten fehlt vollständig! Millionen Menschen leben in Angst vor der nächsten Mieterhöhung oder stecken in Wohnungen fest, die nicht zu ihren Bedürfnissen passen – weil der Markt einfach keine bezahlbare Alternative bietet. Das darf nicht so weitergehen. **Wohnen ist ein Menschenrecht – und das verteidigen wir!**

Wir stehen an der Seite der Mieterinnen und Mieter

In Deutschland herrscht ein massiver Mieten-Notstand. Die Linke setzt sich konsequent für bezahlbares und sicheres Wohnen für alle ein – im Bundestag und gemeinsam mit euch auf der Straße.

Unser Plan für bezahlbares Wohnen

① Mieten einfrieren, Mieten deckeln!

Mit einem bundesweiten Mietendeckel können wir den rapiden Anstieg der Mieten nicht nur ausbremsen, sondern stoppen. Als Sofortmaßnahme wollen wir die Mieten einfrieren und dann dauerhaft deckeln. Außerdem wollen wir lokale Mietobergrenzen festlegen, für laufende Mietverträge und für Neuvermietungen. Denn Wohnungen sind zum Wohnen da – und nicht, um Rendite auf Kosten der Mieterinnen und Mieter zu machen.

② Menschen schützen und nicht die Profite

Mieterinnen und Mieter brauchen wirksamen Schutz: vor explodierenden Wohnkosten, vor Kündigungen, vor dem Verlust der Wohnung und vor Abzock-Tricks der Vermieter. Darum setzen wir uns für ein starkes soziales Mietrecht ein: Die Mietpreisbremse muss auch für möbliertes und Kurzzeitwohnen greifen, Eigenbedarfskündigungen müssen maximal eingegrenzt und Indexmieten verboten werden.

③ Sozial bauen wie in Wien

Sozialwohnungen sterben aus – denn jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue hinzukommen. Wir wollen das ändern: Um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollen wir jährlich 20 Milliarden in den öffentlichen Wohnungsbau investieren. Hier muss gelten: einmal öffentlich gefördert, immer sozial gebunden! Wir wollen die Wohngemeinnützigkeit stärken und nach Vorbild des Wiener Modells vor allem für kommunale und genossenschaftliche Unternehmen nutzbar machen.